

II-11315 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5403 W

1993 -10- 13

A N F R A G E

des Abg. Mag. Schreiner, Mag. Haupt, Apfelbeck, Rosenstingl
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend die Verschmelzung der Straßenbausondergesellschaften

Laufend häufen sich die Pressemeldung, die immer mehr Zweifel an der fachlichen Kompetenz des Wirtschaftsministers aufkommen lassen. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht neue Details über die kuriosen Vorgangsweisen des Wirtschaftsministers bekannt werden. "Glanzstück" der letzten Monate ist die von Minister Schüssel propagierte Verschmelzung der sechs Straßenbausondergesellschaften. Von vielen Seiten kritisiert, verfolgte der Wirtschaftsminister die Errichtung der "ÖSAG" (Österreichische Autobahnen- und Schnellstraßen AG) auf die er verstärkten Einfluß nehmen wollte, ohne Rücksicht auf bestehende Aktionärsrechte der im Schmelztiegel "ÖSAG" aufgehenden sechs Sondergesellschaften. Der im Dezember 1992 vom Nationalrat beschlossene von Koalitionsabgeordneten eingebrachte Initiativantrag auf Verschmelzung der vier alten Straßengesellschaften übergang schlicht und einfach die Steiermark als 32 %-Phyrn-Aktionärin, ohne dem Land Steiermark Möglichkeiten zu geben an Verhandlungen teilzunehmen. In der für Februar 1993 anberaumten Hauptversammlung wurde der Wirtschaftsminister erstmals eingebremst, als die Steiermark sich weigerte den steirischen Vertreter für den ÖSAG-Aufsichtsrat namhaft zu machen und Widerspruch gegen die Hauptversammlungsbeschlüsse zu Protokoll gab. Trotz der Klage vor dem Salzburger Zivilgericht auf Unwirksamkeit der Hauptversammlungsbeschlüsse hielt der Wirtschaftsminister jedoch an seinem Zeitplan fest und schrieb ohne sich nunmehr doch mit der Steiermark ins Einvernehmen zu setzen, die ÖSAG-Vorstandsposition öffentlich aus. Die stand zudem aufgrund einer SPÖ-ÖVP-Einigung bereits fest. Jedoch ist ohne des fehlenden steiermärkischen Aufsichtsrates eine Bestellung des Vorstandes nicht möglich. Damit gelang dem Wirtschaftsminister durch rücksichtsloses Vorgehen, daß den Milliardenaufträgen im Straßenbaubereich die Gesellschaft und das Management fehlt um diese in der gewünschten Effizienz abzuwickeln. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten die nachstehende

A n f r a g e :

1. Warum wurde bereits vor Einbringung des Initiativantrages in den Nationalrat nicht ein allgemeiner und gesellschaftsübergreifender Konsens hinsichtlich einer Verschmelzung der Straßenbausondergesellschaften gesucht?
2. Wurde dem Land Steiermark zu diesem Zeitpunkt Parteistellung in Verhandlungen gegeben?
 - a) Wenn ja, zu welchem Ergebnis führten diese Verhandlungen?

Wi/WP/PG

- b) Wenn nein, warum wurde das mit 31,8 % an der Phyrn-Autobahn AG beteiligte Bundesland von den Verhandlungen ausgeschlossen?
3. Ist es richtig, daß bei der Errichtung der "Fertigteilgesellschaft" im Schnellverfahren aktienrechtliche Vorschriften verletzt wurden?
 4. Stimmt es, daß Sie per Gesetz versuchen wollen, dem Land Steiermark zustehenden Sitz im Aufsichtsrat zu entziehen, um die Bestellung des Vorstandes zu ermöglichen?
 5. Warum wurden im Zuge der Verhandlungen in Aktionärsinteressen derart ignoriert, daß es zu einem solchen Eklat kommen konnte?
 6. Haben Sie Kenntnis, wann ein Urteil des Salzburger Zivilgerichts zu erwarten ist?
 7. Ist eine Abwicklung der anstehenden Milliardenaufträge im Straßenbaubereich durch die alten Straßenbausondergesellschaften gewährleistet?
 - a) Wenn ja, warum wurde bei der ÖSAG-Errichtung dann diese unverständliche kompromißlose Eile an den Tag gelegt, die letztendlich zur gänzlichen Blockierung führte?